

Magdeburg, 08.01.2026

**Ausufernde Kosten im Bereich des Bürgergeldes/der Grundsicherung bei gleichzeitigem kontinuierlichem Rückgang von Eingliederungsleistungen im Bereich der Jobcenter**

Sehr geehrte(r) Frau/Herr...,

zunächst einmal möchte ich Ihnen noch ein gesundes, erfolgreiches und friedliches neues Jahr wünschen. 2026 wird mit Blick auf die bundesweit anstehenden Landtagswahlen insbesondere für Sachsen-Anhalt ein sehr entscheidendes Jahr werden. Der VDP Sachsen-Anhalt wird den hiesigen Landtagswahlkampf – der auch durch die bundespolitischen Entwicklungen stark geprägt sein wird – engagiert unter dem Motto „**Bildungsvielfalt stärken!**“ begleiten.

Da die Bürgerinnen und Bürger u.a. in besonderer Weise die Debatte um die Entwicklung der Vorgaben im SGB II zum Bürgergeld bzw. nunmehr zur Grundsicherung bewegen, wende ich mich heute erneut an Sie mit zwei aktuellen arbeitsmarktpolitischen Auswertungen (sowie deren Interpretation) und der Bitte um Unterstützung in Ihrer Funktion als Bundestagsabgeordnete(r) mit einem Wahlkreis in Sachsen-Anhalt.

Über die Feiertage habe ich die aktuelle Statistik der Bundesagentur für Arbeit über die **Ausgaben der Jobcenter für deren aktive und passiver Leistungen** ausgewertet. Uns liegen nunmehr entsprechende Zahlen bis zum Ende des Jahres 2024 vor.

**VDP**

Verband Deutscher Privatschulen  
Sachsen-Anhalt e.V.

Otto-von-Guericke-Str. 86a  
39104 Magdeburg

T: 0391 / 731916-0  
F: 0391 / 731916-1

VDP.LSA@t-online.de  
www.vdp-sachsen-anhalt.de

**Bankverbindung**

Deutsche Kreditbank  
Konto-Nr.: 107 334 00  
BLZ: 120 300 00

**Vereinsregister**

Amtsgericht Stendal  
VR 11611

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass die nunmehr vorliegenden Ergebnisse sowohl aus sozial- und arbeitsmarkt- als auch aus wirtschaftspolitischer Sicht problematisch ausfallen und darum auch kritisch hinterfragt werden sollten:

- Aus der **Anlage I** können Sie entnehmen, dass zwischen den Jahren 2021 und 2024 allein die **Ausgaben** der Jobcenter für **das ALG II** bzw. das Bürgergeld **um 6,4 Mrd. € gestiegen** sind, was einem prozentualen Wachstum von **41 Prozent** entspricht. Ebenfalls **gestiegen** – nämlich um knapp **12 Prozent** – sind im gleichen Zeitraum die **Ausgaben der Jobcenter für die Verwaltung**. **Systematisch gefallen hingegen um 10 Prozent sind in diesem Zeitraum die Ausgaben der Jobcenter für die aktiven Eingliederungsleistungen, wozu u.a. Weiterbildungs-, Aktivierungs- und Eingliederungsmaßnahmen sowie Arbeitsgelegenheiten zählen.**

Allein im Jahr 2024 haben die Jobcenter **fast 2,8 Mrd. € mehr für ihre Verwaltung ausgegeben als für sämtliche Eingliederungsmaßnahmen**. Zu beachten ist hierbei auch noch, dass in diesem Zeitraum die Anzahl der Leistungsempfangenen ebenso wie die Kosten der Arbeitsmarktdienstleister (u.a. durch einen stetigen Anstieg des Mindestlohns für die Weiterbildungsbranche) weiter gestiegen sind.

- Beim Betrachten der **Anlage II** (die auf den aktuellsten Statistik-Veröffentlichungen der Bundesagentur für Arbeit beruht) wird außerdem deutlich, dass auch im Jahr 2025 der Sinkflug bei der Nutzung von Arbeitsmarktinstrumenten in den Jobcentern – zumindest in Sachsen-Anhalt – weiter angehalten und sich wahrscheinlich sogar noch verschärft hat: **30 Prozent weniger Neueintritte ggü. dem Vorjahr in Weiterbildungsmaßnahmen, 12 Prozent weniger Neueintritte in Aktivierungs- und Eingliederungsmaßnahmen, fast 14 Prozent weniger Neueintritte in Arbeitsgelegenheiten – und dies bei weiter gestiegenen Arbeitslosenzahlen.** Laut der gestern veröffentlichten Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit ist bundesweit die Arbeitslosenzahl um 101.000 Personen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (davon um über 2.700 Personen in Sachsen-Anhalt), insbesondere hat sich die Zahl der **Langzeitarbeitslosen** weiter verfestigt.

Für den Bundeshaushalt bedeutet dies:

Da immer weniger Personen durch gezielte Arbeitsfördermaßnahmen unterstützt werden, gelingt es immer seltener, Bürgergeld- bzw. Grunds-

cherungsempfänger wieder nachhaltig in Arbeit zu vermitteln. Es muss deshalb davon ausgegangen werden, dass die Ausgaben für das Bürgergeld im Jahr 2025 weiter drastisch gestiegen sein werden.

Natürlich ist mir bekannt, dass Bundesregierung und Bundestag diesen Entwicklungen entgegensteuern wollen, indem künftig ukrainische Geflüchtete keine Grundsicherung mehr erhalten sollen und indem die Sanktionsregelungen wieder verschärft werden.

**Hier aber kann sich nachhaltig nur ein Erfolg einstellen, wenn „Fördern und Fordern“ tatsächlich Hand in Hand gehen.** Noch immer gibt es in zahlreichen Branchen einen Fachkräftemangel, dem z.B. durch gezielte Weiterbildungsmaßnahmen wirkungsvoll entgegengewirkt werden konnte. Unterbleibt dies aber bzw. wird diese Forderung immer weiter zurückgefahren, ist davon auszugehen, dass viele Leistungsempfänger – wenn überhaupt – nur kurzfristig in eher niedrig bezahlte Jobs einmünden und im Anschluss erneut von staatlichen Sozialleistungen abhängig sein werden.

Deshalb möchte ich Sie bitten, nicht nur dafür Sorge zu tragen, dass die Jobcenter im Bereich der Eingliederungsmaßnahmen wieder besser finanziell ausgestattet werden, sondern auch dafür, dass die Jobcenter nicht im Anschluss wieder erhebliche dieser Mittel in den Bereich ihrer Verwaltung umwidmen.

Bitte setzen Sie auch Ihre Bundestagskolleginnen und -kollegen, die Mitglieder im Ausschuss für Arbeit und Soziales sind, über dieses Schreiben in Kenntnis. Sehr gern stehe ich Ihnen für eventuelle Rückfragen oder erläuternde Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



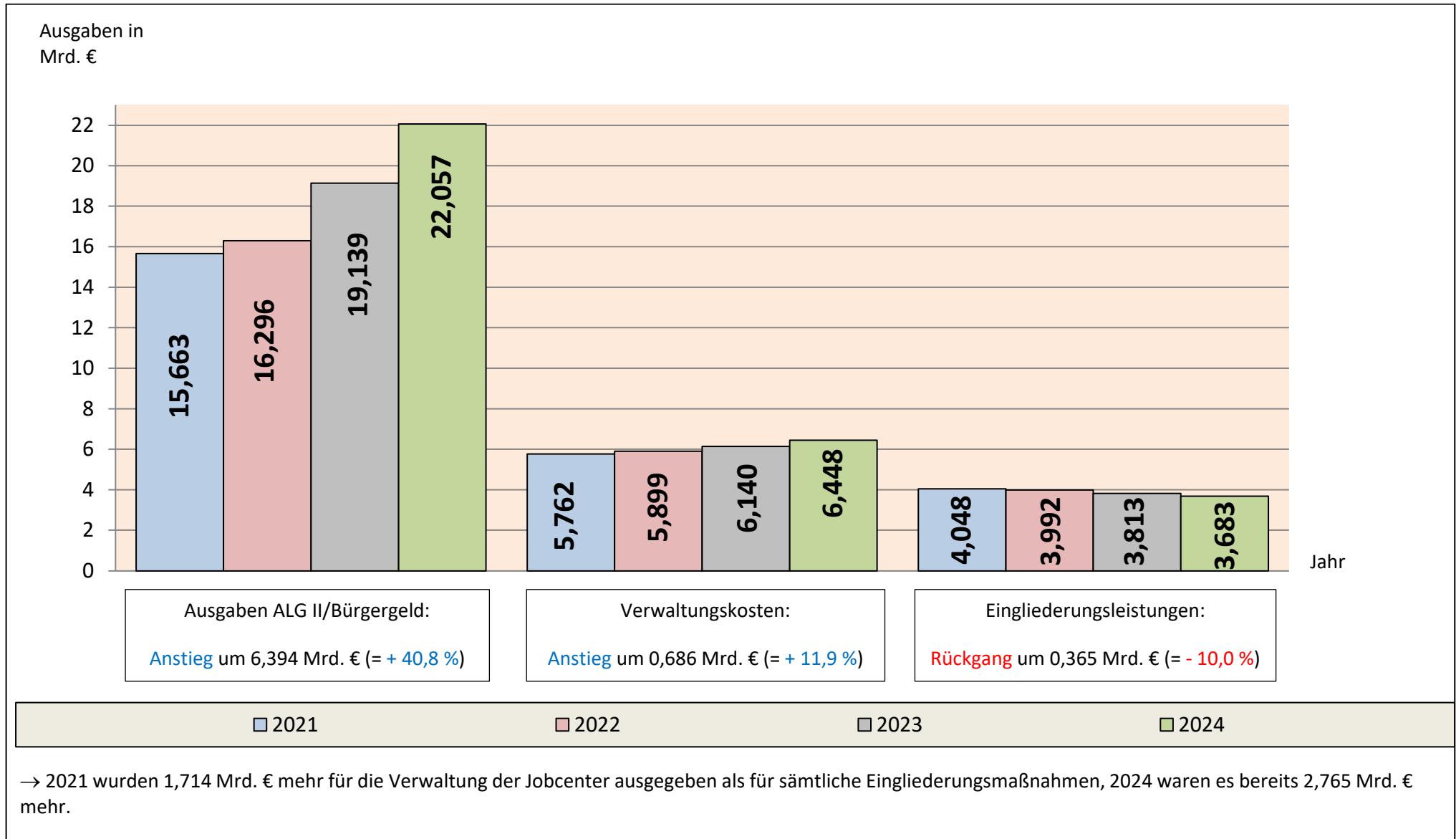
Jürgen Banse  
– Geschäftsführer –

#### Anlagen

Verteiler: Bundestagsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt (Ausnahme: AfD)

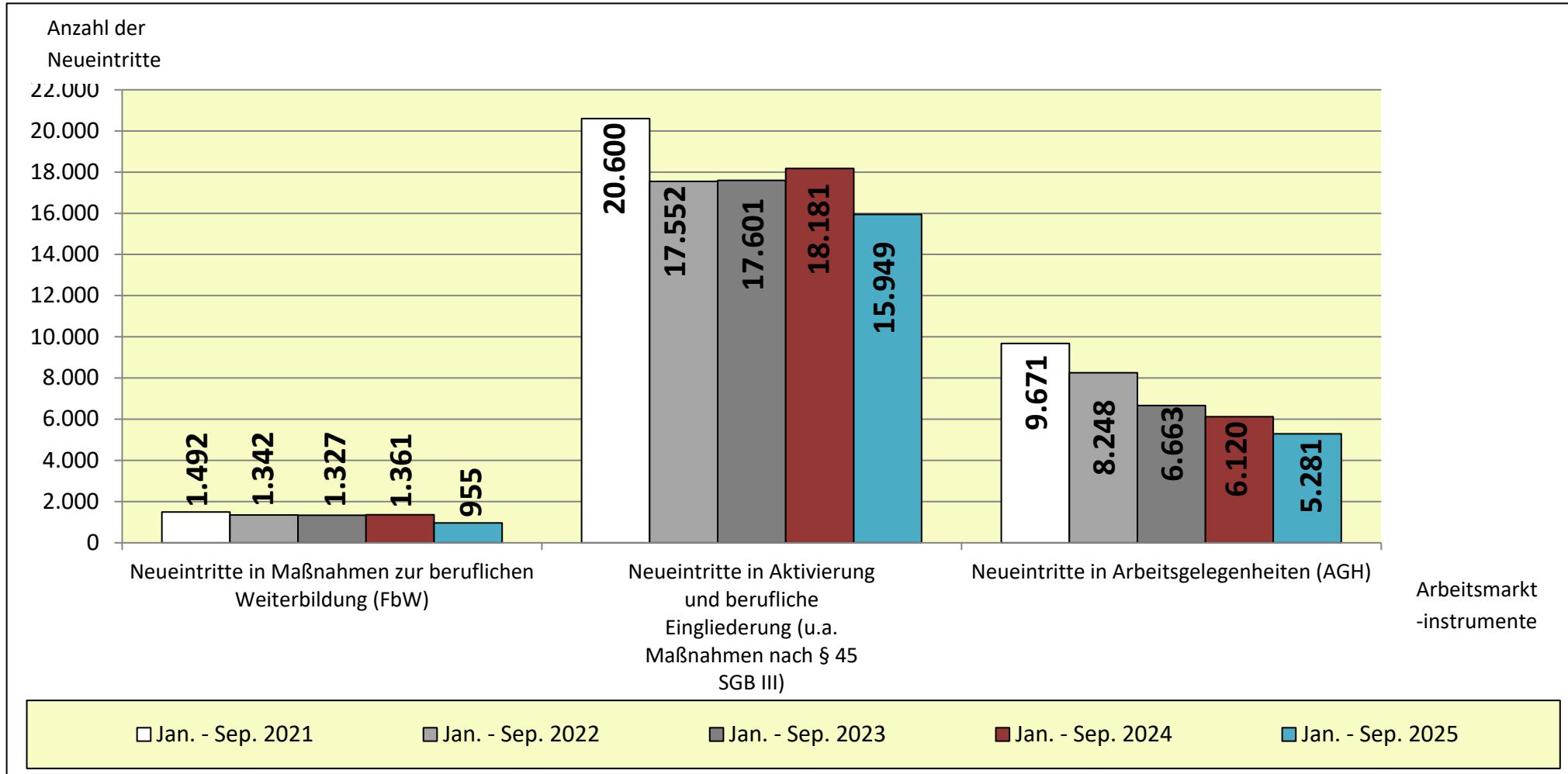
## Entwicklungen der Ausgaben der Jobcenter für aktive und passive Leistungen im SGB II

(Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit)



## Anzahl der Neueintritte von Bürgergeld-Empfänger\*innen in ausgewählte Arbeitsmarktinstrumente: Entwicklungen in Sachsen-Anhalt\*

(Stand: 07.01.2026, Quelle: Bundesagentur für Arbeit)



Entwicklung 2024-2025:  
- 29,83 %

Entwicklung 2024-2025:  
- 12,28 %

Entwicklung 2024-2025:  
- 13,71 %

\* Vorgenommene Differenzierung nach Neueintritten gemäß dem Empfängerkreis erfolgt über gesonderte Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Hier sind leichte Abweichungen möglich.